

«In den Abfällen finden wir Essen, Kleider und Decken»

Ausweglose Lage für die vielen Migranten und Flüchtlinge in der griechischen Hafenstadt Patras

Nach Ausschreitungen gegen Migranten und ihrer Vertreibung aus einer Fabrik in Patras hat sich die Lage beruhigt. Doch die Bedingungen für die Migranten bleiben erbärmlich, und sie sind auf das Engagement einzelner Bürger angewiesen.

Elena Panagiotidis, Patras

Die Fabrikrüine «Peraiki-Patraiki» im Süden der griechischen Hafenstadt Patras liegt verlassen in der Abenddämmerung. Vor dem Haupttor stehen Polizisten und unterhalten sich. Sie sollen aufpassen, dass keine Migranten zurück in das Gebäude kommen. Auf dem Areal der ehemaligen Textilfabrik, das im Besitz der Hafenbehörde von Patras ist, hatten sich in den letzten Monaten mehrere hundert Migranten einquartiert. Nur ein paar hundert Meter entfernt, auf der gegenüberliegenden Seite, befindet sich der neu erbaute Südhafen, von dem die Fähren nach Italien ablegen. Patras ist das Tor zu Europa für viele Migranten ohne Papiere, die in Griechenland gestrandet sind. In der Hafenstadt hoffen sie auf eine Gelegenheit, auf einer Fähre weiter in andere europäische Länder zu gelangen.



Eine Gruppe von Migranten flüchtet auf dem Gelände des Hafens von Patras vor der Polizei.

GABRIEL PECOT

Aufgeheizte Stimmung

Am 18. Mai wurde in Itea, dem Viertel im Süden von Patras, wo die Fabrik liegt, ein 29-jähriger Grieche erstochen. Bei den Tätern soll es sich um Afghanen gehandelt haben. Wenige Tage später gab es die ersten Proteste, Einwohner demonstrierten vor den Fabrikatoren. Laut der Polizeibehörde von Patras mischten sich rund 350 Mitglieder der rechts-extremen Partei Chryssi Avgi unter die Demonstranten. In den folgenden Tagen kam es zu Strassenschlachten mit der Polizei, als die Rechtsextremisten versuchten, die Fabrik zu stürmen.

Die extremen Spannungen sind mittlerweile abgeklungen, auch wenn die Anwohner weiterhin Protestaktionen organisieren und verhindern wollen, dass die Migranten zurückkehren. Im Hof eines unmittelbar an die Fabrik grenzenden Hauses sitzen Tassos und seine Schwester Evthia zusammen mit Vassilis Zacharopoulos, einem Freund der Familie. Täglich sei eine Karawane von Migranten zur Fabrik gezogen, so schildert Vassilis Zacharopoulos die Zeit vor der Vertreibung der Migranten. Das habe die Einwohner verunsichert. «Die Migranten haben uns nichts getan, sie haben mich persönlich nicht gestört», sagt Tassos, aber es sei traurig, zu sehen, unter welchen Umständen sie gelebt hätten, «wie die Tiere».

Katia Zagoritou kennt die Situation von Migranten in Patras gut. Die Französischlehrerin engagiert sich in der Bürgerinitiative «Bewegung für die Durchsetzung der Rechte der Flüchtlinge und Migranten», in der sich rund 50 Bürger der Hafenstadt zusammengefunden haben. Zagoritou hat die Menschen in der Fabrik einmal pro Woche besucht, sie über Hilfsangebote informiert, Lebensmittel gebracht, Vertrauen aufgebaut. Sie hat ärztliche Hilfsorganisationen, die kostenlosen Migranten ohne Papiere und andere Mittellose behandeln, über den Bedarf der Menschen in der Fabrik informiert. «Ungefähr 500 Leute haben hier gelebt, aus Afghanistan, Iran, dem Sudan, Eritrea, Somalia und den Maghreb-Staaten», erzählt sie. Das Zusammenleben habe eigentlich gut funktioniert.

Nach den Ausschreitungen gegen die Migranten wurden viele von ihnen nach Athen und in andere Gebiete im Westen Griechenlands gebracht. Laut Athanassios Kokkalakis, dem Sprecher der Polizei in Athen, werden einige von ihnen in der nächsten Zeit in ihre Herkunftsländer abgeschoben. Andere Migranten sind in Patras abgetaucht. Viele schlafen nun am Strand, der sich vom Südhafen zum Hafen im Zentrum der Stadt erstreckt. In einer kleinen Bucht haben sich der Iraner Mohammad Reza

und zwei Afghanen eine notdürftige Bleibe zusammengebastelt. Sie schlafen auf alten Teppichen, ein darübergespanntes Tuch soll sie vor der Sonne schützen. Einer der Afghanen hat sich aus leeren Plastikflaschen einen Schwimmgürtel gebastelt und paddelt im Meer. Mohammad Reza erklärt ihm vom Strand aus, wie er die Armee bewegen soll. Die Situation für Migranten in Griechenland sei sehr schwer, erklärt Reza, der Iran wegen politischer Verfolgung verlassen hat, wie er sagt.

Keine Hilfe vom Staat

Vielleicht hundert Meter weiter in der Nähe der Hafeneinfahrt zapfen viele Migranten Wasser aus einer Leitung. Einige der Muslime waschen sich hier Hände und Füße vor dem Gebet. Der Sudanese Khaled Osman trägt einen riesigen Plastikblumentopf. Darin wäscht er seine Kleider. Sein Landsmann Haitham Morgan gesellt sich dazu. Der grosse, schlaksige Mann versucht seit mehreren Monaten, auf einer Fähre nach Italien zu gelangen. Er zeichnet die Skizze eines Lastwagens auf den staubigen Boden und erklärt, wo man sich überall verstecken kann.

Dann zeigt er mit dem Finger auf eine Wunde in seinem Nacken. Als er sich vor zwei Monaten unter einem Lastwagen versteckt habe, habe ihn ein Hund der Hafenspolizei gebissen. Am liebsten würde Morgan in die Niederlande gehen. Er zeigt auf den Supermarkt auf der anderen Strassenseite. Jeden Tag warten er und andere Landsleute auf dem Kundenparkplatz darauf, dass sie die leeren Einkaufswagen der Griechen zurückfahren dürfen, um die Euro-Münze zu behalten. Andere war-

ten mit Wassereimern in der sengenden Hitze an der Ampel, um die Scheiben der wartenden Autos zu putzen.

«Skoupidia» – das griechische Wort für Abfälle – kennen auch die Migranten, die bisher nur wenig Griechisch aufgeschnappt haben. Skoupidia sind für sie überlebenswichtig geworden. «In den Skoupidia finden wir Essen, Kleider, Decken», sagt Morgan. Unterstützung auf staatlicher Ebene gibt es für Flüchtlinge in Griechenland nicht. Die Gemeinde Patras verteilt dreimal in der Woche in Zusammenarbeit mit lokalen Bäckereien Brot, Blätterteiggebäck und andere Backwaren. Was die Versorgung mit Lebensmitteln angeht, sei die Lage sehr schlimm, heisst es beim Roten Kreuz in Patras.

Auf der Flucht verletzt

Gäbe es nicht ein paar Privatleute, die spendeten, hätten die Flüchtlinge gar nichts, meint Katia Zagoritou von der Bürgerinitiative. Doch werde es immer schwieriger, Spenden aufzutreiben, um Lebensmittel zu besorgen. Die Bürgerinitiative kann kaum noch die Miete für die Räume bezahlen, die sie im Zentrum angemietet hat. Dort unterrichten Lehrer ehrenamtlich Griechisch für Migranten. Den Kursteilnehmern werden kleine Kärtchen mit Passfotos ausgestellt. Dies soll ihnen einen gewissen Schutz vor der Polizei geben, als Zeichen, dass sich die Migranten integrieren wollen, erklärt Zagoritou. Zudem sei es für die Migranten psychologisch enorm wichtig, eine Art von «Identitätsausweis» zu besitzen. Viele kämen zum Unterricht, einfach um zu spüren, dass sich jemand für sie interessiert. Hinter wuchernden Sträuchern zwischen der

Hauptstrasse in Richtung Süden und der Eisenbahnlinie befindet sich ein altes Haus. Davor liegen Müll und Plastikreifen. Hier leben mehrere Sudanesen, ihre Möbel haben sie im Müll gefunden, sogar einen kleinen Fernseher gibt es, im Fernsehen läuft eine amerikanische Serie. Ein junger Mann liegt auf dem Bett, aus seinem Bein ragen vier riesige Schrauben. Der Sudanese hat auch eine Zeitlang in der alten Fabrik gewohnt. Doch noch bevor der wütende Mob die Migranten vertrieb, habe die Polizei, so erzählt er, regelmässig Flüchtlinge auf dem Areal gejagt. Dabei sei er einmal aus grosser Höhe gefallen, im Spital habe man sein Bein zusammengeschaubt.

Auch bei der Bürgerinitiative kennt man Fälle von Migranten, die sich auf der Flucht vor der Polizei schwere Verletzungen zugezogen haben. Die Bewegung dokumentiert zudem Fälle von Polizeigewalt und versucht, diese zur Anzeige zu bringen. Der Polizeisprecher Kokkalakis entgegnet auf die Frage nach Polizeigewalt gegen Migranten, dass er nicht sicher sei, ob die Vorwürfe zuträfen. Doch werde jede offizielle Anzeige untersucht. «Wir wollen kein rassistisches Verhalten in den Reihen der Polizei», betont Kokkalakis. Christos Karapiperis, Sozialarbeiter beim Roten Kreuz in Patras, weist darauf hin, dass viele Migranten Angst hätten, gegen die Polizei bei der Staatsanwaltschaft auszusagen. Jetzt habe man zwei Migranten überzeugen können, beim Staatsanwalt vorstellig zu werden.

Das Rote Kreuz hilft den Migranten und Flüchtlingen mit Informationen, es bietet psychologische Betreuung an und stellt einen Anwalt zur Verfügung, der den Migranten bei Asylanträgen hilft.

Das Dublin-II-System überfordert die EU-Länder der Peripherie

ela. · Seit 2003 regelt das sogenannte Dublin-II-Abkommen, welches Mitgliedsländer der Europäischen Union für ein Asylverfahren zuständig ist. Das Land, in das der Asylsuchende zuerst eingereist ist, ist für das Verfahren zuständig. Auch in Norwegen, Island und – seit dem Jahre 2008 – in der Schweiz kommt die Verordnung zur Anwendung. Durch sie soll vermieden werden, dass Flüchtlinge in mehreren Staaten Asylanträge stellen. Einige Länder, darunter die Schweiz und Deutschland, haben Rückführungen nach Griechenland vorläufig gestoppt, aus «humanitären Gründen». Griechenland wird seit Jahren von Menschenrechtsorganisationen für seinen Umgang mit Flüchtlingen kritisiert. Erst im Januar hat sich der Europarat entsetzt über die Zustände in griechi-

sehen Auffanglagern geäussert. Im Bericht des Anti-Folter-Komitees heisst es, dass praktisch alle Lager hoffnungslos überfüllt und die hygienischen Bedingungen verheerend seien.

Allerdings stehen die südeuropäischen Länder an der EU-Aussengrenze auch unter enormem Druck, da viele Migranten über diese Staaten einreisen, die somit auch verantwortlich sind für die Bearbeitung der Fälle. 90 Prozent aller Migranten ohne Papiere gelangen laut der Europäischen Agentur für die operative Zusammenarbeit an den Aussengrenzen (Frontex) über Griechenland in die EU. Laut der griechischen Polizei sind in den letzten sieben Jahren 673 000 Migranten ohne Papiere in Griechenland aufgegriffen worden. Allein in den ersten drei Monaten dieses Jahres

waren es mehr als 18 700 Personen, die illegal über die Grenze zur Türkei gekommen waren. Eine 2010 von der griechischen Regierung angekündigte Reform des Asylsystems kommt nur schleppend voran. Seit Mai 2011 versuchen Vertreter eines Unterstützungsbüros der EU in Asylfragen an Ort und Stelle helfend einzugreifen. Für 2012 sind rund 90 Millionen Euro aus EU-Geldern für den Aufbau eines verbesserten Asylsystems vorgesehen. Drei neue Agenturen haben im März ihren Dienst aufgenommen, dazu gehört eine Asylbehörde, die im Gegensatz zu früher unabhängig von der Polizei fungiert. Die personelle Besetzung dieser Behörden verzögert sich jedoch, unter anderem wegen des krisenbedingten Einstellungsstopps im öffentlichen Sektor.

Ein Asylbewerber, der eine sogenannte «pink card» erhält, hat einen legalen Status. Er darf arbeiten und erhält Zugang zum Gesundheitssystem. Viele Migranten müssten jedoch monatelang warten, bis sie ihren Antrag stellen könnten, sagt Karapiperis. Die zuständige Stelle in Patras leiste zwar gute Arbeit, sei jedoch personell unterbesetzt. Zudem sei es eine belastende und frustrierende Prozedur für die Flüchtlinge, da sie wüssten, dass Asylanträge in Griechenland fast immer abgelehnt würden.

Lösungen sind kaum in Sicht

Wenn man sich bei den Einwohnern von Patras umhört, sind viele der Meinung, dass geregelte Unterkünfte für die Migranten notwendig seien. Auch Panagiotis Tarsinos, der bei der Metropole von Patras für philanthropische Aufgaben zuständig ist, sagt, dass dann auch die Verteilung von Lebensmitteln und anderen Hilfen leichter wäre. Bis 2009 gab es eine Slum-ähnliche Flüchtlings-siedlung in Patras, in der mehrere hundert vorwiegend afghanische Migranten lebten. Sie wurde auf Anordnung der Behörden im Juli 2009 durch Bulldozer zerstört. In der Zeit davor hätten die Mitglieder der einzelnen Pfarreien, so erzählt Panagiotis Tarsinos, Lebensmittel dorthin gebracht. Auch jetzt tue die Kirche weiterhin, was sie könne, um das Leid der Flüchtlinge zu lindern.

Bischof Chrysostomos von Patras verurteilte nach den Ausschreitungen auf der Website der Metropole jegliche Form von Gewalt. In mitfühlenden Worten machte er auf die schwierige Situation der «Mitbrüder ohne Heimat» aufmerksam. Gleichzeitig warf er die Frage auf, wie viel mehr Flüchtlinge ohne Papiere die griechische Gesellschaft verkraften könne und ob es nicht zwischenstaatlicher Lösungen und mehr Solidarität Europas bedürfe.

«Wir wollen, dass das Dublin-II-System abgeschafft wird», fordert auch Katia Zagoritou. «Die Menschen sind hier in Patras gefangen, sie brauchen Papiere, um in die Länder reisen zu können, in die sie wollen.» Zunächst sei es aber wichtig, offene Aufnahmezentren einzurichten. Das liesse sich schnell bewerkstelligen. Auch der Sozialarbeiter Karapiperis ist der Meinung, dass sich die Lage entspannen würde, wenn es reguläre Unterkünfte für die Flüchtlinge gäbe. Dies würde dem Bild der unkontrollierten Migration, vor der sich einige Einwohner fürchteten, sicher etwas von seinem Schrecken nehmen. Hätte die Gemeinde oder auch die Regierung einen klaren Standpunkt zu solchen Einrichtungen, wäre die Atmosphäre deutlich entspannter.

Zumindest haben die jüngsten Ausschreitungen auch lokale Politiker aufgeschreckt. Derzeit finden laut Zeitungsberichten wieder Gespräche zwischen Lokal- und Regionalpolitikern statt mit dem Ziel, ein Aufnahmezentrum in Patras einzurichten. Vorschläge hatte es zwar auch schon zuvor gegeben, doch waren die Gespräche im Sand verlaufen. Auch das Uno-Hochkommissariat für Flüchtlinge (UNHCR) und die Bürgerinitiative hatten darauf gedrungen, eine Einrichtung für die vielen unbegleiteten minderjährigen Flüchtlinge und Migranten zu schaffen, wie es sie in anderen Orten Griechenlands bereits gibt – bisher erfolglos.

Rückkehrprogramme

Demnächst soll die International Organization of Migration, die ihren Sitz in Genf hat, in Patras verstärkt aktiv werden. Die Organisation setzt auf «freiwillige» Rückkehrprogramme. Dieser Ansatz wird von Menschenrechtsorganisationen wie Human Rights Watch und auch von der Bürgerrechtsaktivistin Zagoritou kritisiert: «Wir gehen davon aus, dass die Leute nicht in ihre Herkunftsländer zurückkönnen und -wollen.» So werde Geld für dieses Programm und die Grenzschutzagentur Frontex ausgegeben, anstatt dass in eine vernünftige Asylpolitik und menschenwürdige Unterkünfte investiert würde.